



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 84834 - 38  
Fernschreiber 0896890

P/XXII/124 - 6. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Was wird aus den europäischen Institutionen? Bonner Grundthesen in Frage gestellt	97
3 - 4	Washington sorgt sich um Frankreichs Kurs Ist de Gaulle nur der Faguis für einen künftigen Nassar?	87
5 - 6	Fast kulturpolitischer Burgfrieden in Bayern Parteien rüsten für die Landtagswahl	61
7	Wer "christlich" redet, ist es nicht immer Zu Karl Arnolds Wahlkampfmethoden	45

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Was wird aus den europäischen Institutionen ?

ler. Es kann sein, dass das Land, von dem, wenn auch aus nationalstaatlichen Motiven, die stärksten Impulse für die Schaffung übernationaler westeuropäischer Institutionen ausgingen, nun den entscheidenden Anstoß für die Lanngang und Ghanacht dieser Institutionen geben wird. Die Ausererung eines Sprechers des französischen Aussenministeriums, die Wiederherstellung der nationalen Einheit habe absolute Priorität vor der internationalen Politik, kann eigentlich nur recht eindeutig ausgelegt werden. Sie besagt, dass das Frankreich de Gaulles zunächst und unter allen Umständen darauf aus ist, sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen, ein gewiss erstrebenswertes und notwendiges Ziel. Daran knüpfen sich jedoch sehr viele Fragezeichen. Das unterschiedliche Echo auf die Algeriereise de Gaulles beweist, wie schwer es zu erreichen sein wird. Nach französischer Auffassung ist Alger ein unlösbarer Bestandteil Frankreichs. Koch kennt niemand genau die Absichten de Gaulles über die Beilegung des Algerienkrieges, seine vagen Andeutungen lassen die unterschiedlichsten Auslegungsmöglichkeiten zu und die unmittelbare Reaktion der algerischen Freiheitsbewegung sieht nicht gerade danach aus, als ob die Algerier bereit wären, auch weitgespannte französische Unionspläne zu akzeptieren. Solche Angebote hat es schon von den früheren Regierungen der Vierten Republik gegeben. Sie kamen zu spät und scheiterten an den Realitäten.

Die Absorbierung aller französischen Energien auf die Lösung der Alger-Prage und im Zusammenhang damit der Traum de Gaulles, Frankreich durch innere Reformen und durch den Eintritt in den Klub der Atomkräfte wieder zur Weltmacht zu erheben, wird nicht ohne Rückwirkungen auf die Existenz der bestehenden europäischen Gemeinschaften - der Komtauunion, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom - bleiben. Schon bisher erwies sich Frankreich als das schwächste Glied in der Kette dieser europäischen Institutionen. Einer der schärfsten Gegner der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Gaullist Debre, gehört als Justizminister der neuen französischen Regierung an. Gewiss wird Frankreich nicht so töricht sein, bestehende Verpflichtungen zu brechen und vertragswidriges Handeln zum Grundprinzip zu erheben. Aber es kann versuchen, seinen Eifer in der Erfüllung der Verpflichtungen zu dämpfen, oder diese Institutionen als Instrumente für eine rein nationalstaatliche Politik zu missbrauchen. So sollten nach den Bestimmungen des Vertrages über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ab 1. Januar 1959 die Zölle aller Mitgliedsstaaten um 10 % gesenkt werden. Dies wird nicht geschehen. Die schon von den vorhergehenden Regierungen erlassenen Reise- und Importbeschränkungen sind mit dem Geist dieses Vertrages nicht zu vereinbaren. Die Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone sind zerschlagen, nie zerbrochen am Widerstand Frankreichs, das die kalte Luft eines freien Wettbewerbs fürchtet. Von de Gaulle ist nicht anzunehmen, dass er sich als Schrittmacher für jenes Europa betätigen wird, das den Vätern dieser Verträge vorschwebte.

Die schon jetzt zu beobachtende Zurückziehung auf nationalwirtschaftliche Überlegungen und nationalstaatliche Zielsetzungen bedeutet einen schweren Rückschlag für den Gedanken der europäischen Einheit, wie sie ein Bundeskanzler Adenauer und die Träger der Achener Karlspreise verstehen. Dieses Gebäude, an dessen Bau so viele Kleuropäer mitwirkten, gerät heute ins Schwanken und mit ihm alle Institutionen, die es untermauern sollten. Nirgendwo spürt man dies deutlicher als in Luxemburg, dem Sitz der Montanunion. Viel fruchtbare Arbeit wurde hier geleistet und die Fundamente zu umfassenderen Gebäuden gelegt. Die französischen Beamten der Montanunion und Befürworter der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft glaubten von diesen Institutionen her so etwas wie zu einer Verfügungsmacht Frankreichs anzusetzen zu können. Sie sind heute von Zweifel und Unsicherheit erfüllt.

Und die Bonner Europapolitik? Sie ist heute fragwürdiger denn je geworden, ging sie doch von Voraussetzungen aus, die jetzt nicht mehr zutreffen. Eine dieser Voraussetzungen war, durch die Schaffung dieser europäischen Institutionen ein Klima herbeizuführen, in dem sich der Geist der westeuropäischen Zusammenarbeit bewähren und entfalten sollte. Dieses Ziel opferte die Bundesregierung die deutsche Wiedervereinigung - für uns Deutsche, die wir in einer noch grösseren Gefahrenzone als unser westlicher Nachbar leben, gewiss ebenso wichtig wie für die Franzosen die Wiederherstellung ihrer nationalen Einheit. Auch materiell liess sich die Bundesregierung "die Pflege der europäischen Zusammenarbeit" viel kosten. Wird sie nun einem de Gaulle gegenüber, von dem man weiss, dass er in erster Linie als Franzose denkt und handelt, und dessen Blick auf die Vergangenheit gerichtet ist, ebenso grosszügig und freigebig sein, wie sie es in den vergangenen Jahren war?

Das ganze Dilemma der Bonner Frankreichpolitik findet in den offiziellen und halboffiziellen Äusserungen seinen Niederschlag, man müsse dem Frankreich de Gaulles finanziell mächtig unter die Arme greifen, obwohl niemand in der Lage ist, zu sagen, welche Richtung und welche Politik das Frankreich de Gaulles einschlagen und verfolgen wird. Schon einmal war der jetzige Gebieter von Paris in den letzten Monaten des zweiten Weltkrieges in Moskau, um dort einen französisch-russischen Vertrag auszuhandeln. Diese Weise war eine offene Demonstration gegen die anglo-sächsischen Alliierten, denen der unbehagliche und nicht berechenbare de Gaulle schon damals Stein ständiger Ärgernisse war. Wird de Gaulle als Gegner der anglo-sächsischen Vorherrschaft in der westlichen Welt nicht einen zweiten Husarenritt nach Moskau versuchen? Alle Möglichkeiten für eine initiativenreiche deutsche, dem Frieden und der Wiederherstellung der deutschen Einheit dienende Politik stehen vielleicht offen; aber vom offiziellen Bonn kann man gewiss sein, dass es diese nicht ergreifen wird, es lässt sich durch neue Entwicklungen überrollen, um dann eines Tages mit Sicherheit zum Schaden des ganzen deutschen Volkes isoliert anzustehen.

Washington sorgt sich um Frankreichs Kurs

G.L., New York, Anfang Juni

Das Rätssiraten über de Gaulle ist noch nicht beendet. Erst jetzt wird sich das Dunkel, das insbesondere auch in Washington über Frankreichs zukünftiger politischer Linie lag, zu lichten beginnen. Und bis dahin wissen die Amerikaner, die für die politische Linie der USA verantwortlich sind, dass es sich bei den Vermutungen über die Entscheidungen, die Frankreich in den wichtigsten weltpolitischen Fragen treffen muss, nur um politische Spekulation handelt.

Das ist auch der Grund, warum sich das offizielle und inoffizielle Washington in den kritischen Wochen des Ringens um eine Entscheidung in Frankreich eine hier selten in diesem Ausmass und mit solchen Takt geübte Zurückhaltung auferlegte. Aber trotz aller Schweigens oder gerade wegen der ausserordentlichen Zurückhaltung war es klar, dass es wenige Krisen in den letzten Jahren gab, die Washington mit solcher Angst und Sorge verfolgte wie die in Frankreich. Denn so sehr auch Frankreichs Prestige und Macht zurückgegangen sein mögen und so sehr sich Washington in seiner Politik insbesondere gegenüber den jungen afrikanischen Nationen durch Frankreichs Schuld geheimt oder geschädigt fühlte, war es doch keinen Augenblick zweifelhaft, dass die USA mit jedem - ausser einem kommunistisch kontrollierten - Regime in Frankreich Zusammenarbeit suchen würden. Damit war vorweg klar, dass Washington alle Versuche unternehmen und kein erträgliches Opfer scheuen wird, um mit de Gaulle zusammenzuarbeiten. Auch wenn er nicht unter "legalen" Formen zur Macht gekommen wäre, hätten die USA von sich aus keinen Grund gesehen, die Zusammenarbeit mit ihm zu verweigern.

Die erste Reaktion gegenüber de Gaulle, wie er nun nach der verfassungsmässigen Machtübernahme amerikanischen Realpolitikern erscheinen mag, lässt sich in die Worte eines erfahrenen Beobachters zusammenfassen: Vor allem sind wir daran interessiert, gesunde Alliierte zu haben." Wo bei man sich klar darüber ist, dass der Preis für die Gesundheit und Stärke Frankreichs unter de Gaulle eine weitaus grössere politische und militärische Unabhängigkeit des eigenwilligen Generals sein dürfte. Washington ist offenbar bereit, in vernünftigen Ausmass diesen Preis zu bezahlen.

Aber die grosse Sorge Washingtons ist und bleibt: Wird Frankreich

jetzt auch wirklich gesund werden? Wird Frankreich nun wirklich stärker werden? Und darauf fehlt in Washington - wie auch anderswo - jede Antwort.

#### Offene Fragen, die der Antwort harren

Der Fragen in dieser Beziehung gibt es genügend. In Washington ist man sich längst darüber klar gewesen, dass Algerien für Frankreich nicht zu halten ist. Wird aber de Gaulle instande sein, den notwendigen Schnitt zu machen? Wird er gegenüber den Generalen stark genug sein? Wird Frankreich in anderen Kolonialfragen, die sich zu kleinen Algeriens entwickeln könnten, wie zum Beispiel in Französisch-Togo, die unerlässliche Weisheit bekunden? Und selbst wenn diese Schritte gegen den stillen oder lauten Widerstand der Militär- und Kolonialbürokratie möglich sein sollten, wo wird de Gaulle einen Ausgleich für die Prestige-Verluste suchen?

#### Die Nuklear-Waffen

In diesem Zusammenhang gibt es viele Fragen, die nicht nur an das amerikanisch-französische Verhältnis, nicht nur an die Zukunft der NATO, sondern an die gegenwärtig bedeutungsvollsten weltpolitischen Probleme rühren. Eines der Probleme ist Frankreichs Absicht, eine Atom-Weltmacht zu werden. Dies war schon bisher ein wichtiger Faktor in allen Abrüstungsbesprechungen und wird, wie man vermutet, unter de Gaulle ein noch wichtigeres Element in allen weiteren Abrüstungsverhandlungen sein. Gerade in der Frage, bei der sich in den letzten Monaten eine Annäherung zu einer wenigstens vorübergehenden Lösung anzubahnen schien, bei der Unterbrechung der Atom- und Wasserstoffbombenversuche, ist es durchaus möglich, dass de Gaulle noch entschiedener als die Regierungen der Vierten Republik nach Möglichkeiten sucht, auch die französischen Atombomben auszuprobieren. So hängt die Sorge um die zukünftige weltpolitische Linie de Gaulles sehr eng mit Fragen der Gipfelkonferenz und den Bemühungen um eine Entspannung im Weltmasstab zusammen.

Washington, das für die Gipfelkonferenz niemals begeistert war und sie wohl zumindest bis zum Spätherbst oder zum Ende des heurigen Jahres aufgeschoben zu wissen wünscht, hat nun zu den bisherigen Zweifeln einen neuen: Wie wird sich de Gaulle in das unstimme Quartett einfügen und wie sehr wird die Vorbereitung der Gipfelkonferenz bereits durch den Wechsel in Frankreich beeinflusst sein? Washingtons größte Sorge jedoch ist: Wie dauerhaft und unabhängig wird das de Gaulle-Regime sein? Was nach den sechs Monaten der unbeschränkten Ermächtigung für de Gaulle geschehen wird, wer in den alltäglichen Entscheidungen und auf weitere Sicht die Entscheidungen de Gaulles beeinflussen oder bestimmen wird - das ist die grosse Frage für Washington. Allein von ihrer Beantwortung hängt die Zukunft der NATO, hängt die weitere Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit ab, hängt die Aufrechterhaltung der bisherigen Macht-Balance in Europa ab, so wenig befriedigend sie auch sein mag.

Ein Zeitungskomentator hat es in New York folgendermassen formuliert: Wird de Gaulle nur der Nagel für einen aus der Verengung auftauchenden Hasser sein, für einen Militärdiktator, der heute vielleicht ein Parachutisten-General oder Oberst in Algerien ist? Oder wird nach de Gaulle der Bürgerkrieg kommen, der jetzt vertagt wurde? Washington weiss, dass der Alliierte in Paris noch immer sehr krank ist und dass der Wunderdoktor kein wirklicher Arzt ist...

Past kulturpolitischer Burgfrieden in Bayern

G.K.A. München

Gut fünf Monate vor den Landtagswahlen sind die Ausgangspositionen für den Wahlkampf in Bayern weniger übersichtlich als zu Beginn des Jahres. Angesichts der noch ausstehenden Entscheidung über die Verfassungsklage gegen die 10 % Klausel des Landeswahlgesetzes ist es auch schwer sichere Prognosen zu stellen.

Die Aussichten der Parteien sind unterschiedlich - und besonders die Situation der kleineren Parteien ist bemerkenswerten Fluktuationen unterworfen. Die Bayernpartei, deren Lage noch vor wenigen Monaten aussichtslos schien, hat gewisse Chancen in Niederbayern die 10 %-Hürde zu überspringen, nachdem ein enfant terrible der bayrischen Heimatpolitik, der ehemalige BP-Abgeordnete Ludwig Volkholz, dessen politische Seriosität zu seiner ungeheuren Beliebtheit in bayrischen Wald in krassem Gegensatz steht, aller Voraussicht nach in diesem Regierungsbezirk für die BP kandidieren wird.

Bei einer erheblich unter dem Durchschnitt der Landtagswahlen liegenden Wahlbeteiligung hat auch die FDP gute Chancen in einem fränkischen Regierungsbezirk zum Zuge zu kommen, und damit der Partei wieder den Einzug in den Landtag zu ermöglichen. Weit ungünstiger sieht die Sache für den BVP aus. Seine Aussichten, noch einmal in das Landesparlament zu gelangen, werden im allgemeinen pessimistisch beurteilt.

Dazu kommt, daß es in Bayern gegenwärtig, abgesehen von der Atomrüstung keine politischen Probleme gibt, welche die Öffentlichkeit, bezogen auf die Landespolitik, sonderlich bewegen. Aber auch ungeachtet der unermüdbaren Tätigkeit des Komitees gegen Atomrüstung hat man den Eindruck, daß alle Parteien ihren Blick auf die am 7. Juli stattfindenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen gerichtet haben, um abschätzen zu können, welche Rolle die Frage der Atomrüstung bei einer Wahl über landespolitische Angelegenheiten spielt.

Zu den meisten der ungelösten aktuellen Fragen, die in der Kompetenz des bayrischen Landesparlaments stehen, hat keine Partei eindeutig Stellung bezogen. Und es sieht auch nicht so aus, als ob eine verbindliche Stellungnahme vor den Wahlen erfolgen würde. Es sind dies die Verwal-

tungsreform, der Ausbau der Hochschulen und technischen Fachschulen, die Einführung des 9. und 10. Schuljahres an den Volksschulen, der Status der Landeshauptstadt München, möglicherweise Nürnbergs, gewisse Modifikationen des Kassenarzteswesens, soweit sie nicht auf Bundesebene geregelt werden können und der Ausbau einiger sehr kostspieliger Verkehrsrichtungen, der ebenfalls nur in Zusammenarbeit mit dem Bund geregelt werden kann.

Der Kompromiß über die Lehrerbildung und die Neuregelung der Lehrerbesehung hat dem Lande fast so etwas wie einen kulturpolitischen Burgfrieden beschert. In den übrigen kulturpolitischen Fragen gibt es keine einheitlichen Parteimeinungen, wobei nicht zu übersehen ist, daß zunehmend kommunalpolitische Probleme und aus der Situation kommunaler Schwerpunkte geprägte Auffassungen ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit die Landespolitik zu beeinflussen beginnen.

Die großen Parteien CSU und SPD haben bisherige Propaganda ganz und gar auf die Leistungen ihrer Regierungen während der letzten Landtagsperiode abgestellt. Fest steht, daß die Straßen und Wohnungsbauleistungen der Regierung Höglner das flache Land beeindruckt haben. Fest steht aber auch, daß es Ministerpräsident Dr. Seidel tatsächlich gelungen ist, die CSU von der Hypothek und dem Odium des Ultraklerikalismus weitgehend zu befreien. Daß Wirtschafts- und Außenpolitik in Bonn und nicht in München gesteuert werden, wissen gut zwei Drittel der bayrischen Wähler.

Unter der Führung Waldemar von Knoeringens ist die bayrische SPD ohne Zweifel der geistig regsamere und politisch phantasievollere Partner in der bayrischen Politik gewesen. Es steht daher außer Zweifel, daß die SPD auch unter Außerachtlassung der Kontroverse über die Atomrüstung bei den Wahlen im Oktober ihre Position in Bayern wird weiter verbessern können.

+ + +

Wer "christlich" redet, ist es nicht immer

sp. Der frühere Ministerpräsident Karl Arnold reist durch das nordrhein-westfälische Land, um Stimmen zu gewinnen, die ihn wieder in den Sessel des Regierungschefs zu Düsseldorf heben sollen. Wie sein Herr und Meister im Bundeskanzleramt nimmt es auch Arnold nicht sehr genau mit der Wahrheit. Er lässt es auch geschehen, dass von den unteren Funktionären der CDU Unwahrheiten verbreitet werden, die man in der Diskussion leicht widerlegen könnte. Aber leider gibt es bei der CDU keine Aussprache. Man fürchtet, dass das mühsam errichtete Kartenhaus der Lüge beim kleinsten Windstoss zusammenbricht.

Sagte doch der Kölner CDU-Vorsitzende Johannes Albers dieser Tage aus Anlass einer Arnold-Kundgebung, dass Karl Arnold und die CDU im Jahre 1946 in Nordrhein-Westfalen in die Speichen gegriffen hätten, um das Land an Rhein und Ruhr wieder aufzubauen. Hatte Herr Albers vergessen, dass auch sozialdemokratische und liberale Minister kräftig mitgeholfen haben, in die Speichen zu greifen? War es nicht gerade der jetzige Ministerpräsident Fritz Steinhoff, der als Wiederaufbauminister die ersten und schwersten Hindernisse forträumen musste?

Karl Arnold schwieg dazu. Er sagte in seiner Rede nichts zur Richtigstellung, sondern erklärte, dass nur durch die CDU eine christliche Politik gewährleistet sei. Das Wort "christlich" kam fast in jedem Satz der Arnold-Rede vor; oft sogar dreimal in einem Satz. Das ist verdächtig. Wer sicher ist, dass die Bevölkerung an Rhein und Ruhr nur in der CDU eine christliche Partei sieht, der hat es nicht nötig, in Permanenz das zweite Gebot zu missachten, das den Namen Gottes schützt. Aber genau das Gegenteil ist der Fall: es wurmt die CDU, dass es die SPD-FDP-Koalition in Nordrhein-Westfalen war, die die Verträge mit den Kirchen abschloss. Sie weist, dass die Bevölkerung an Rhein und Ruhr die Schulpolitik der Regierung Steinhoff als tolerant und christlich empfindet. Deshalb konnte Arnold in seiner Rede auch nicht einen einzigen fundierten und begründeten Angriff gegen die Regierung Steinhoff führen. Stattdessen variierte er das Bamberger Wort seines Kanzlers und sagte, dass es am 6. Juli die Eigentumbildung in "breiter Hand" oder um eine Sozialisierung nach dem Muster des Ostens gehe. Primitiver geht's nimmer. Dann glitt Arnold jedoch auf die Ebene niedrigster Demagogie ab. Mit hochtönenden Worten beschwor er die Zuhörer, doch an die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung zu glauben, bezeichnete in gleichem Atemzug die Sowjetregierung jedoch als "Gottlos" und "bolschewistische Weiterroberer!"

Karl Arnold ist in der Partei des Kanzlers nicht irgendwer. Er gehörte der Moskauer Delegation im Jahre 1955 an und ist heute einer der Stellvertreter des Parteivorsitzenden Konrad Adenauers.

Glaubt denn der als Staatsmann gepriesene Karl Arnold, dass eine solche politische Rabulistik dazu beitragen könnte, uns auf dem Wege zur deutschen Wiedervereinigung nur einen Schritt weiterzubringen? Der frühere Ministerpräsident mag sich die Antwort selbst geben. Ihn an das Steuer des grössten Bundeslandes zu lassen, wäre eine grosse Gefahr.

+ + +